

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeigenpreise für Anzeigen sind nach dem Umfang und der Dauer zu bemessen. — Preis für eine Zeile 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige, einschließlich Porto. — Preis für eine Seite 10 Mark, auswärts 12 Mark.

Telegramme: Lagerblatt für Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 271

Sonnabend, den 19. November 1932

27. Jahrgang

# Bayens Rücktritt angenommen

Hindenburgs Entscheidung gefallen — Direkte Verhandlungen mit den Parteiführern bevorstehend — Die Parteien sollen beweisen, daß sie arbeitsfähig sind

## Der Rücktritt des Kabinetts

Berlin, 17. Nov. Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zusammengetreten und hat bis um 2 Uhr beraten. Es wurde die Gesamtdemission des Kabinetts beschlossen. Der Reichskanzler von Papen hat daraufhin dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Rücktrittsgesuch überreicht.

Berlin, 17. Nov. Der Reichspräsident hat die Gesamtdemission des Kabinetts angenommen. Der Sinn dieses Beschlusses kann lediglich darin erblickt werden, daß der Reichspräsident in Übereinstimmung mit dem Kanzler die Bahn für Verhandlungen mit den Parteien über die Möglichkeit einer nationalen Konzentration freimachen will.

Berlin, 17. Nov. Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationalistische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, welche die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenschluß dieser Kräfte sicherzustellen. Die SPD. hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Rotgemeinschaft schroff abgelehnt. Die NSDAP. hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen. — In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einlay aller ihrer Kräfte versucht hat, das ihr vom Herrn Reichspräsidenten am 1. Juni erteilte Auftragsmandat auszuführen, im besten Vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei — ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücktritte aus Personen in dieser so engen Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, dem Herrn Reichspräsidenten den Weg völlig freizumachen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann. — Der Herr Reichspräsident nahm die Demission der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

## Die Parteien haben das Wort

Vor den Verhandlungen mit den Parteien

Berlin, 17. Nov. Mit der Annahme der Demission des Reichskabinetts von Papen ist die weitere innenpolitische Entwicklung nun in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Er wird in Besprechungen mit einer Reihe von führenden Politikern versuchen, so bald wie möglich einen Ausweg aus den außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu finden. Eine Beschleunigung dieser Bemühungen ist nach Auffassung der maßgebenden Kreise schon deshalb notwendig, weil vor allem das Interesse der deutschen Wirtschaft eine möglichst baldige Beendigung des jetzt beginnenden Zwischenstadiums erfordert. Darum werden die ersten Besprechungen auch bereits morgen stattfinden, und zwar hat der Reichspräsident für morgen die Abgeordneten Hugenberg, Raab und Dingeldey zu sich bitten lassen. Alle drei Herren haben auch bereits zugestimmt. Für Sonnabend sind telegraphisch Adolf Hitler und Dr. Schaeffer von der NSDAP., die sich noch in München aufhalten, eingeladen. Ihre Antwort kann natürlich noch nicht vorliegen, weil die Telegramme an sie ja erst heute abend nach der Annahme des Kabinettsrücktritts hinausgegangen sind. Die Sozialdemokraten sind nicht eingeladen worden. Als Begründung dafür wird der Ton und der Inhalt der Antwort angegeben, die sie dem Reichskanzler gegeben haben. Gegenstand der Besprechungen mit den Parteiführern wird nicht nur die Personalfrage, sondern auch das wirtschaftliche und

politische Programm einer künftigen Regierungspolitik sein. Die Verhandlungen mit den Parteiführern werden sich in zwei Etappen vollziehen. In der ersten wird der Reichspräsident mit den oben bezeichneten Politikern einzeln verhandeln. Diese Verhandlungen sind als Vorbesprechungen gedacht. Es soll damit der Eindruck vermieden werden, als wolle man die Parteiführer gewissermaßen überrennen. Der Reichspräsident will zunächst ihre Ansichten hören. Er wird Wert darauf legen, daß sie vorläufig in Berlin bleiben und nach den Vorbesprechungen mit ihm untereinander Fühlung nehmen, so daß Anfang nächster Woche die zweite Etappe der Verhandlungen einsetzen kann, in denen sie dem Reichspräsidenten Vorschläge machen. — Die Parteiführer werden gebeten, nicht darüber in die Öffentlichkeit zu bringen, bis ein Ergebnis vorliegt, damit die Verhandlungen nicht durch vorzeitige Mitteilungen gestört werden. Nach dem Plan des Reichspräsidenten wird damit gerechnet, daß dieses Ergebnis bereits für Mitte nächster Woche zu erwarten ist, d. h., daß die Verhandlungen bis dahin zum Abschluß gekommen sind und der Reichspräsident dann seine Entscheidungen über die Reibildung der Reichsregierung treffen kann. — Von unterrichteter Seite wird ferner betont, daß der Reichspräsident auch weiter an dem Gedanken und dem Prinzip des Präsidialkabinetts festhält. Auch das neue Kabinett wird also ein Präsidialkabinett sein. Weiter heißt es, daß die Außenpolitik durch den Kabinettswechsel nicht berührt wird. Der deutsche Standpunkt in den wichtigen Fragen, z. B. der Forderung der Gleichberechtigung in der Abrüstung, ist parteimäßig nicht gebunden, sondern Allgemein gut. Es gilt auch schon als sicher, daß Freiherr von Neurath in jeder Konstellation als Außenminister wiederberufen wird. Im übrigen geht aus der Art, wie der Reichspräsident die Verhandlungen zu führen beabsichtigt, hervor, daß es sich keineswegs darum handelt, das Programm der Regierung Papen einfach anzunehmen. Auch das Wirtschaftsprogramm wird durchaus nicht als unänderlich bezeichnet. Vielmehr sollen ja die Parteiführer selbst über Vorschläge beraten. Die Verhandlungen mit ihnen wird der Reichspräsident persönlich in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Meißner führen. Wenn aber der eine oder andere Parteiführer den Wunsch äußern sollte, mit dem Reichspräsidenten unter vier Augen zu sprechen, so wird auch dem sicher Rechnung getragen werden. Während der Verhandlungen wird die Regierung von Papen natürlich ihre Arbeiten fortführen.

Ob die ganges Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden, läßt sich im Augenblick natürlich noch nicht übersehen. Jedenfalls haben die Parteien eine große Chance — sie tragen aber auch eine große Verantwortung für das, was die nächste Entwicklung bringen wird. Nach Auffassung politischer Kreise der Reichshauptstadt wird viel davon abhängen, wie die Nationalsozialisten sich einstellen. Dagegen gilt es schon jetzt als sicher, daß das Zentrum jede Präsidialregierung unterstützen wird, an deren Spitze nicht Reichskanzler von Papen steht, wenn dieses Kabinett auch den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt und die Haltung zur Verfassung einnimmt, von der Prälat Raab in seiner gestrigen Erklärung gesprochen hat. Man nennt auch bereits Namen, die für die Führung des neuen Kabinetts in Frage kommen, und zwar dieselben, die in der letzten Zeit immer wieder auftauchen, nämlich Goebbels, Bracht

## Der zurückgetretene Kanzler



v. Papen

und Geßler. Die Nennung von Kandidaten für das Kanzleramt dürfte allerdings vorläufig noch verfrüht sein, da man zunächst einmal abwarten muß, wie sich die wichtigere Frage des sachlichen Programms in den bevorstehenden Verhandlungen entwickelt.

## Die NSDAP. zur politischen Lage

Berlin, 17. Nov. Von deutschnationaler Seite geht uns zu den Ereignissen des 17. November folgende Stellungnahme zu:

Die von interessierter Seite künstlich geschaffene und planmäßig gesteigerte Erregung ist unnötig. Eine Krise der Parteien, die im Wahlkampf gegen die Regierung Papen und gegen das von der NSDAP. verfolgten antiparlamentarische Prinzip standen, ist in eine Krise der Regierung umgefälscht worden. Das Angebot der Gesamtdemission des Kabinetts war nicht erforderlich. Es handelte und handelt sich um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms und die zu seiner Durchsetzung notwendigen, im Rahmen des Kabinetts übaren Personalmaßnahmen. Das schwere Geschick der Gesamtdemission brauchte zu diesem Zweck um so weniger aufgeföhren zu werden, als die gegen eine antiparlamentarische Staatsführung stehenden Kräfte nur in der Verneinung einig sind und weder in den großen politischen, noch in den brennenden wirtschaftlichen Fragen den Beweis der Einigkeit und der Leistung erbracht haben. Sie werden ihn auch nicht erbringen. Wir sehen in dem Feldmarschall v. Hindenburg den Garanten dafür, daß der gegen den Versailleser Druck und den Weimarer Mehrheitswahns beschrittene Weg über alle Kabinettsstatist hinweg zum Siege führt.

## Die Bresse zum Rücktritt der Reichsregierung

Berlin, 18. Nov. In den Blättern die in Opposition zu der bisherigen Reichsregierung gestanden haben, wird die Demission des Kabinetts mit Befriedigung aufgenommen.

Die „Germania“, die den Rücktrittsbefehl als einen großen Dienst bezeichnet, der dem Lande erwiesen worden sei, spricht von der Chance der Parteien, denen der Weg zur Neuordnung jetzt freigemacht worden sei. Für taktische Bewegungen, halbe Entschlüsse und primitive Rücksichten des Prestiges sei kein Raum, wo große, das Schicksal des Landes bestimmende Entscheidungen getroffen werden müßten. In diesem Sinne werde jetzt vor allem deutscher und folgenreicher, als es am 18. August geschehen sei, die Nationalsozialistische Partei vor die große Frage ihrer politischen Bewährung gestellt werden. Nur sei die Nationalsozialistische Partei vor aller Öffentlichkeit und im Licht des hellsten Tages vor die Entscheidung gestellt, ob und unter welchen Bedingungen sie sich in den Staat einlassen und an seinen Aufgaben mitwirken wolle. Die Zentrumspartei habe bereits in klaren Worten zum Ausdruck gebracht, daß sie für das Ziel der Schaffung einer starken, völkerverbundenen Führung und für die beschleunigte Durchführung ihrer Aufgaben jede verantwortliche Mitarbeit zur Verfügung stelle.

Die „Vossische Zeitung“ erkennt an, daß der Reichspräsident den Parteien eine sehr faire Chance gebe. Man hätte nur gewünscht, daß sie auch auf die Sozialdemokraten ausgedehnt worden wäre. An die Schwierigkeiten, die sich hoch aufstürmen, müsse nicht erst erinnert werden. Der Sorgen und Zweifel seien genug. Aber wer es gut mit Deutschland meine, werde alles dafür einsetzen, daß die Lösung der Regierungskrise eine Vereinfachung von dem schweren Alpdruck werde, der seit Monaten auf uns lastet.

Der „Völkische Anzeiger“, der hervorhebt, daß der Rücktritt des Kabinetts nicht etwa eine Wenderung in den Aufgaben Papens als Reichskommissar für Preußen und seinerlei Veränderung in den Aufgaben der kommissarischen Minister bedeute, die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten für Preußen bestellt seien, bezweifelt es, ob den Parteien aus eigenem die Erreichung eines Zieles gelingen werde. Für das ja sich dem Vertreter eines autoritären Regierungsprinzips verlagten nicht um seiner Person willen, so sehr sie diesen Anschein erwecken, Landern seinen Prinzipien zu